



Die unterschiedlichen Bahnsteighöhen an den bayerischen S-Bahnstationen sind ein Hindernis für barrierefreies Reisen. DPA

Unterschiedliche Bahnsteighöhen kosten Millionen

Mal sind sie 38 Zentimeter, mal 55, 76 oder 96 Zentimeter: Die unterschiedlichen Bahnsteighöhen an Haltestellen der Deutschen Bahn (DB) sind dem Bundesverkehrsministerium schon lange ein Dorn im Auge. Denn die Bahnsteighöhe entscheidet zusammen mit der Einstiegshöhe der Züge für Behinderte darüber, ob sie beim Ein- und Aussteigen Hilfe benötigen. Damit Reisende künftig barrierefrei reisen können, will die Bundesregierung mit dem 2017 beschlossenen Bahnsteighöhenkonzept alle Bahnsteige in Deutschland auf eine einheitliche Höhe bringen. **Markus Ganserer** (Grüne) wollte jetzt wissen, an wie vielen S-Bahn-Haltestellen in Bayern die Bahnsteige geändert werden müssen und was die Staatsregierung von dem Konzept hält.

Das Verkehrsministerium schreibt in seiner Antwort, in Nürnberg müssten insgesamt an 23 S-Bahn-Stationen die Bahnsteige von 96 auf 76 Zentimeter zurückgebaut werden – vor allem die S2 ist davon betroffen. Die voraussichtlichen Modernisierungskosten liegen laut Ministerium bei 11,6 Millionen Euro. Da die Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2012 stammt, dürften die Kosten inzwischen gestiegen sein. Zusätzlich gibt es an der S1 noch vier Stationen mit einer Sonderhöhe von 85 Zentimetern, die ebenfalls gestutzt werden müssen. Hierzu liegen dem Ressort von Verkehrsministerin Ilse Aigner (CSU) bisher keine Kostenschätzungen vor. Der Freistaat übernimmt die Planungskosten bis zu Erlangung des

Baurechts in Höhe von 1,5 Millionen Euro vollständig. „Die Finanzierung der anschließenden Planungs- und Bauleistungen ist noch offen.“

In München sieht es bei den Baumaßnahmen nicht besser aus: In der Landeshauptstadt müssen die Bahnsteigkanten an 48 Stationen von Bahnsteighöhe 76 auf 96 Zentimeter angehoben werden – dort sind vor allem die Linien S2, S4, S7 und S8 betroffen. Der Freistaat beteiligt sich laut Ministerium auch hier bei vielen Stationen an den Planungskosten bis zur Erlangung des Baurechts. Eine Kostenschätzung liegt bisher nicht vor.

Insgesamt existieren an Bayerns Bahnhöfen noch rund 1000 weitere Bahnsteige, die eine Höhe von 38 Zentimetern oder sogar noch darunter aufweisen. An ihnen könnte es beim Einsatz neuer Züge mit einer Einstiegshöhe von 76 Zentimetern sogar ein sogenanntes Bedienverbot geben.

„Allein auf Bayern bezogen sähe die Staatsregierung keine Notwendigkeit, ein neues, bundesweit einheitliches Bahnsteighöheninstrumentarium zu schaffen“, schreibt das Verkehrsministerium. Die bisherige Vereinbarung zwischen DB und Freistaat hätte gut funktioniert. „Bund und DB haben nun diesen Aspekt überraschenderweise auf die Agenda gehievt.“ Die Staatsregierung wolle sich einem bundesweit einheitlichen Konzept aber nicht verschließen – wenn dies modifiziert werde. So sollen zum Beispiel auch 55 Zentimeter als Regelhöhe für Bahnsteige definiert werden. > LOH

NACHGEHAKT | Abgeordnete fragen, Ministerien antworten

Attentäter, Holzkäfer, Kanalnetze

Mehr invasive Käferarten in Holzimporten nach Bayern

Die Zahl der nach Bayern eingeführten Tierarten hat sich erhöht. Darunter sind auch schädliche Arten wie der asiatische oder chinesische Laubholzbockkäfer. **Horst Arnold** (SPD) wollte daher von der Staatsregierung wissen, ob die Gefahr in den letzten Jahren gestiegen ist, wie häufig Holzimportsendungen kontrolliert werden und ob künftig auch weiterhin sachgrundlos befristete Arbeitskräfte zur Durchführung hoheitlicher Holzimportkontrollen eingesetzt werden.

Das Landwirtschaftsministerium erkennt zwar eine Gefahr in der Ausbreitung nicht einheimischer, invasiver und forstwirtschaftlich schädlicher Arten. „Eine Einschätzung des Risikos ist allerdings angesichts der Vielzahl an potenziellen Arten objektiv nicht möglich.“ Aufgrund des Klimawandels und des globalen Handels sei aber mit zunehmender Etablierung zu rechnen.

Für die Kontrolle von Holzimportsendungen sind die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) zuständig. Insgesamt wurden im Jahr 2017 genau 11 154 Sendungen aus Drittlän-



Feind des Forsts: der asiatische Laubholzbockkäfer. FOTO DPA

Arbeitsverträge zu vermeiden, wenn dies arbeits- und haushaltsrechtlich möglich ist. „Die Holzimporte sollen als Daueraufgabe grundsätzlich von unbefristet beschäftigtem Stammpersonal wahrgenommen werden.“

Abwasserrohre: 15 Prozent sind sanierungsbedürftig

SPD-Umweltpolitiker **Harry Scheuenstuhl** warnt vor einem schleichenden Verfall des öffentlichen Abwassernetzes. Denn sonst versickert das Abwasser im Boden – mit schlimmen Auswirkungen auf das Grundwasser. Der Abgeordnete wollte aus diesem Grund von der Staatsregierung wissen, wie sie den Zustand des öffentlichen und privaten Kanalnetzes in Bayern bewertet.

Laut Umweltministerium sind 14,5 Prozent der öffentlichen Abwasserkanäle kurz- bis mittelfristig sanierungsbedürftig. Unter mittelfristig wird ein Zeitraum von etwa sechs Jahren verstanden. Es müsse jetzt schnell gehandelt werden, solange die Mängel noch behebbar sind. Verantwortlich dafür sei aber nicht das Ministerium, sondern die Kommunen. Der Freistaat habe sie aber bei der Ersterschließung von Wasser- und Abwasserentsorgungsanlagen mit rund zwölf Milliarden Euro unterstützt. Seit 2016 existiert zudem ein Förderprogramm für Härtefälle in Höhe von 70 Millionen Euro.

Zu den privaten Kanälen liegen dem Ressort von Umweltminister Marcel Huber keine genauen Zahlen vor. Bei der letzten Erhebung der Kanalnetzbetreiber im Jahr 2012 lagen nur bei 17 Prozent der privaten Grundstücksentwässerungsanlagen eine Zustandsbewertung vor – 25 Prozent waren sanierungsbedürftig. „Für Teilstrecken, bei denen eine öffentliche Zuständigkeit vorliegt, lag der Inspektionsgrad bei 23 Prozent und der Sanierungsbedarf bei 27 Prozent.“

Insgesamt konnte laut Ministerium die jährliche Sanierungsrate der Kanalnetzbetreiber 2012 im Vergleich zu 2017 von rund 500 Kilometer pro Jahr auf 1600 Kilometer pro Jahr deutlich gesteigert werden. Auch liege Bayern mit einer Sanierungsrate von 1,9 Prozent über dem Bundesschnitt von 1,1 Prozent.

SPD-Mann Scheuenstuhl überzeugt das nicht. „Die Kommunen



Blick in das Kanalnetz von Schweinfurt. FOTO DPA

können diese Milliardenkosten nicht alleine stemmen“, betont er. Eine Studie der Technischen Universität München habe ergeben, dass die Sanierungskosten rund 5,8 Milliarden Euro betragen –

1,7 Milliarden Euro mehr als noch vor zehn Jahren. Auch die jährliche Sanierung von 1600 Kilometern reiche nicht aus – nötig wären mindestens 2100 Kilometer pro Jahr.

Verbindung zwischen US- und OEZ-Attentäter?



Manche Details erhielten bayerische Behörden nur durch die US-Presse, erfuhr das Stamm (fraktionslos). FOTO BSZ

Am 7. Dezember erschoss der 21-Jährige William A. an der amerikanischen Aztec High School zwei seiner Mitschüler und anschließend sich selbst. „Nach Medienberichten stand er in Kontakt mit dem OEZ-Attentäter David S.“, schreibt **Claudia Stamm** (fraktionslos) in ihrer Anfrage. Dieser hatte 2016 im Münchner OEZ neun Menschen aus Fremdenhass getötet. Stamm wollte jetzt von der Staatsregierung erfahren, ob dem Landeskriminalamt Hinweise auf eine Verbindung zwischen David S. und William A. vorlagen.

Laut bayerischem Landeskriminalamt (BLKA) lag der Staatsanwaltschaft München ein Hinweis auf eine Verbindung zwischen David S. und einer Person in den USA vor. „Dieser Hinweis habe sich aus einer Zeugenvernehmung ergeben, in der kein Klarname genannt wurde, sondern nur ein Pseudonym“, schreibt das

Ministerium. Ob es sich dabei um William A. handle, müssten die weiteren Ermittlungen zeigen. Die zuständigen US-Behörden seien aber um Rechtshilfe gebeten worden. Den Hinweis, dass die beiden Attentäter miteinander kommuniziert hätten, erfuhr das BLKA nach eigenen Angaben durch die Berichterstattung in der US-Presse.

90 Prozent arbeiten nie im Homeoffice

Vier von zehn Arbeitgebern in Deutschland setzen ihre Mitarbeiter laut einer Umfrage des Digitalverbandes Bitcom ganz oder teilweise im Homeoffice ein. Doch stimmt das? SPD-Fraktionschef **Markus Rinderspacher** hakte jetzt bei der Staatsregierung nach, wie viele Menschen in Bayern Homeoffice machen.

Dem Arbeitsministerium liegen für eine Beantwortung der Frage nur die Daten aus dem Mikrozensus von 2016 vor. Danach arbei-



Die Staatsregierung will kein Recht auf Homeoffice schaffen. FOTO DPA

teten vor zwei Jahren in Bayern von rund 5,9 Millionen abhängig Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) 102 000 hauptsächlich von zu Hause aus. 431 000 geben an, manchmal von zu Hause aus

zu arbeiten; 5,3 Millionen sagen, sie arbeiteten nie von zu Hause aus – das entspricht knapp 91 Prozent der bayerischen Beschäftigten.



Homeoffice liegt im Trend? Laut Mikrozensus 2016 nicht in Bayern, erfuhr Markus Rinderspacher (SPD). BSZ

Ein Recht auf Homeoffice plant die Staatsregierung nicht. Zwar gebe es Vorteile für die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Ein Gesetz sei allerdings „nicht zielführend“, da nicht jeder Arbeitsplatz von zu Hause aus ausgefüllt werden könne. „Es würde vor allem kleine und mittlere Betriebe mit neuer Bürokratie belasten und den Arbeitsablauf erschweren.“ Auch eine eigene Erhebung zu bayerischen Homeoffice-Arbeitsplätzen ist nicht geplant.

Täglich werden 9,8 Hektar in Bayern versiegelt

Das von Naturschützern beantragte Volksbegehren „Betonflut eindämmen – damit Bayern Heimat bleibt“ ist unzulässig – das hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof im Juli entschieden. Das bedeutet aber nicht, dass der Flächenverbrauch in Bayern nicht täglich steigt, wie eine Anfrage von **Hans Jürgen Fahn** (Freie Wähler) zeigt.

Laut Umweltministerium betrug der Flächenverbrauch in Bayern im Jahr 2016 3581 Hektar – das sind 9,8 Hektar pro Tag. Davon gingen 1635,2 Hektar für Wohn-, 567 Hektar für Verkehrs- und 132,8 Hektar für Industrie- und Gewerbeflächen drauf. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen belief sich Ende 2016 auf zwölf Prozent der bayerischen Gesamtfläche. Wie hoch die Ausgleichsmaßnahmen sind, kann das Ressort von Umweltminister Marcel Huber (CSU) nicht sagen. Es lägen keine amtlichen Daten zur Entseelung von Flächen vor. > DAVID LOHMANN



Werden bayerische Holzimporte ausreichend auf invasive Arten überprüft, fragte Horst Arnold (SPD). FOTO BSZ

dern (außer China) angemeldet und davon 762 kontrolliert – das entspricht einer Quote von 6,8 Prozent. Im Jahr 2014 waren es nur 3,6 Prozent. Auch die Zahl der beanstandeten Sendungen erhöhte sich von sechs im Jahr 2014 auf 54 im Jahr 2017. Bei den Verpackungsholzimporten aus China wurden 2017 von 2399 angemeldeten Sendungen 1025 Sendungen kontrolliert und 23 beanstandet.

Das Ressort von Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (CSU) versichert, so weit wie möglich sachgrundlos befristete



Gelegentlich gelingt es der Natur, der Versiegelung zu trotzen. FOTO DPA